

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau befähigteste bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit Illust. Beilage Post und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 1.80, für Selbstholer 1.70 M. — Durch die Post bezogen 1.80 M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postkassenkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelle 35 Pfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50%, Nachsch. Stellenangebote 10gesp. Kolonelle 25 Pfg., Kleine Anzeigen: Überschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg., Reklamezeile 2 M. Insetate v. auswärts: die 10gesp. Kolonelle 40 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sieg der Linken in Frankreich

Tardieu Mehrheit völlig zusammengeschlagen — Dr. Brüning vor der Auswärtigen Presse Thomas, der Präsident des Internationalen Arbeitsamtes, gestorben

Die Sozialisten gewinnen 17 Mandate

Die Niederlage Tardieus

SPD Paris, 9. April.

Der Sieg der französischen Linken, der bereits nach dem ersten Wahlgang außer Zweifel stand, hat nach den gestrigen Stichwahlen einen geradezu überwältigenden Charakter angenommen. Das Zusammengehen der Linksparteien hat sich glänzend bewährt, das Attentat auf Doumer und seine Ausnutzung durch die Rechtspresse sind ohne jeden Einfluß auf die Wähler geblieben.

159 Radikale, 129 Sozialisten und 34 Sozialrepublikaner — das ist allein eine klare Linksmehrheit, viel größer, als nach den erfolgreichen Kartellwahlen von 1924.

Damals waren diese drei eigentlichen Linksparteien auf die Unterstützung der unzuverlässigen Gruppe der Radikalen Linken angewiesen. Jetzt bilden sie für sich allein eine Mehrheit, die jedoch zweifellos verstärkt werden wird durch eine größere Anzahl von den 61 Abgeordneten jener „Radikalen Linken“, die immer Anschluß an die jeweilige Mehrheit suchte. Hinzu kommen noch 11 Rechtskommunisten, von denen die meisten über kurz oder lang Anschluß an die sozialistische Partei suchen dürften.

Tardieus Mehrheit ist völlig zusammengeschlagen. Selbst einschließlich der 61 Mann von der „Radikalen Linken“ beträgt die Gefolgschaft der Regierung nur noch etwa 263 Abgeordnete.

Die Mehrheit gegen sie — einschließlich der 12 „Unintentionen“ Kommunisten — beträgt 343 Abgeordnete. Dabei haben die Kommunisten mindestens in zehn Fällen den Sieg eines reaktionären Kandidaten über den Sozialisten, vor allem in manchen proletarischen Wahlkreisen, ermöglicht. Im anderen Fall wäre die Niederlage Tardieus noch größer geworden.

Die Sozialisten haben insgesamt 19 bisherige Mandate verloren — 2 in der Hauptwahl, 17 in der Stichwahl —, aber 39 neu erobert, namentlich in Paris und Umgebung.

Sie haben schließlich viel besser abgeschnitten, als man es dachte. Noch stärker und allerdings die Gewinne der Radikalen. Im einzelnen verteilen sich die 605 Mandate wie folgt:

	Jetzt	Bisher
Sozialisten	129	112
Radikale (Gerris)	159	109
Unabhängige Sozialisten und soziale Republikaner (Gallie)	34	32
Unabhängige Kommunisten	11	5
Unabhängige Radikale	61	90
Unabhängige Sozialisten (Tardieu)	72	101
Katholische Demokraten	26	29
Unabhängige Republikaner (Reynaud)	28	28
Radikale Gruppe (Marin)	26	26
Konfessionelle	76	90
Kommunisten	12	10

Von den bisher gewählten 605 Abgeordneten (hinzu kommen noch zehn Abgeordnete aus den Kolonien) haben 200 der bisherigen Kammer nicht angehört. Von bekannten Persönlichkeiten sind nicht wiedergewählt der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, Du Bois, der Propagandachef der Partei Marin, de Kerillis, der Unterstaatssekretär für das Touristenwesen, Gaston Gerard, der frühere Arbeitsminister Hennessy, die Sozialisten Grumbach und Uzun, die Kommunisten Cahin, Duclos und Ballant-Couturier. Wiedergewählt sind bei der Stichwahl u. a. die Sozialisten Brade, Frossard, Compère-Morel. Außerdem Franklin-Bouillon und der Sozialrepublikaner Forgeot. Besonders erfreulich ist die Rückkehr Jean Longueux, der nach dreizehnjähriger Abwesenheit wieder in das französische Parlament einzieht.

Alarm um Danzig

Aus Danzig wird uns geschrieben:

„Handreich der Polen!“ — „SE-Mord in Danzig!“ Zwei Meldungen aus den letzten Tagen, die schlagartig die Situation des Freistaates an der Weichselmündung beleuchteten. War die erste Nachricht geeignet und auch darauf angelegt, die weiteste Öffentlichkeit in bezug auf die außenpolitische Gefährdung Danzigs zu alarmieren, so kennzeichnete die andere den im Augenblick fast noch schwerer wiegenden innenpolitischen Gefahrenpunkt. Dabei stellen beide Vorgänge im politischen Leben des kleinen Ländchens leider keine Ausnahme dar. Seitdem das „Hakenkreuz seine Faust über Danzig hält“, reihen die außenpolitischen Konflikte ebensowenig ab, wie die blutigen Gewalttaten der braunen Soldateska. Im Reiche mag man sich entsetzt haben, als man plötzlich aus englischen Senatsakten erfuhr, daß dem Plan eines polnischen Gewaltstreikes gegen Danzig hätte. Am Orte selbst aber, wo man diese „Putschnachrichten“ auf Grund zahlreicher Erfahrungen von vornherein als Alarmmeldungen bewertet hat, wiegt die zweite Erscheinung wesentlich schwerer. Sie verdient in der Beurteilung der Dinge um so mehr den Vorrang, als das verhängnisvolle Wirken der Hitlergarde eine der Hauptquellen auch für die außenpolitische Gefährdung des Freistaates bildet.

Wenn von den gewalttätigen Ausschreitungen auch polnische Staatsangehörige betroffen werden und wenn nachgebende Nazis immer wieder eine halbige gewalttätige Auseinandersetzung mit Polen ankündigen, so wird dadurch naturgemäß das an sich bereits schwierige Verhältnis zwischen Danzig und Polen außerordentlich verschärft. Sicherlich hat die polnische Regierung durch ihre immer offener gezeigte wirtschaftliche Abdriftungspolitik den Hauptanteil an der Verschlechterung der Danzig-polnischen Beziehungen getragen, aber sie hätte sich mit ihren Plänen zur wirtschaftlichen Drosselung Danzigs wohl nicht so weit hervorzwagen können, wenn ihr die ständige Drohpolitik und eine sinnlose Mutartpropaganda der Nazis nicht den Boden dafür gebnet hätten. Wenn die durch die Nationalisten haben und drüben verschärften wirtschaftlichen Nöte Danzigs jetzt endlich zur Klärung auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates vorgebracht sind, so muß damit gerechnet werden, daß ihre Erörterung in Genf durch die von den Nazis herausbeschworenen außenpolitischen Komplikationen in den Hintergrund gedrängt wird.

Es gehört zu den Besonderheiten, besser Unglaublichkeiten des als internationaler Zwischentritt unter dem Schutze des Völkerbundes konstituierten Danzig, daß es, unbekümmert um seine besondere, prekäre Stellung, sich im Gegensatz zum Reich noch immer den Lügen der uniformierten Hitler-Soldateska erlaubt, trotzdem diese sich hier noch mehr als im Reiche als Gefahrenherd gezeigt hat. Obwohl auf der vorjährigen Waiatung des Völkerbundesrates eine Empfehlung an die Danziger Regierung gerichtet wurde, die dem Freistaat abträglichen nationalistischen Antriebe einzudämmen und ausländische uniformierte Verbände aufzuheben, kann sich die Privatarmee des Herrn Hitler selbst nach ihrem Verbot in Deutschland in Danzig noch ungehindert betätigen. Den Arbeiterverband, der als Abwehrorganisation gegen den Naziterror erst sehr spät gegründet wurde, hat man auf Grund eines tragischen Zwischenfalles, den auch die Hakenkreuzhorden verursacht, schon im November vorigen Jahres verboten. Aber der viel schwerer wiegende, weil planmäßige Überfall einer SA-Truppe auf eine Silvesterveranstaltung des Bundes der Freunde der Sowjetunion, der einem Teilnehmer das Leben kostete, war ebensowenig Anlaß zum Verbot der Hakenkreuzsoldateska, wie es wahrscheinlich der Mord in Reuteich sein wird. Obwohl innerhalb Jahresfrist bereits fünf Menschenleben dem Treiben der Hitlerbanden in Danzig zum Opfer gefallen sind, obwohl sie sich durch zahlreiche Ausschreitungen auch gegen Ausländer als außerordentlich friedensstörendes Element erwiesen haben, können sie in Danzig weiter ihr Unwesen treiben. Die Regierung wagt nichts Entscheidendes gegen sie zu unternehmen, weil sie von der Unterstützung der NSDAP abhängig ist. Zwar hat man die Hakenkreuzler im Anschluß an das deutsche SA-Verbot zu einem „freiwilligen Uniformverzicht“ bewegt, doch haben sie diese „bis auf weiteres“ vorgezeichnete Maßnahme schon nach drei Tagen wieder aufgehoben. Seitdem demonstrieren die Nazis wieder ungehindert in Kriegsausrüstung. Daß sie außerdem Felddienst-

Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung

Vom Reichsrat verabschiedet

WDJ Berlin, 7. Mai.

Das Reichskabinett hat gestern abend das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Seine wesentlichste Bestimmung lautet, wie das Nachrichtenbüro des WDJ hört:

„Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Siedlungen, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung-Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen.“

Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.“

Der Reichsrat ist daraufhin sofort telegraphisch einberufen worden, und seine Ausschüsse berieten heute mittag das neue Kreditermächtigungsgesetz, das nachmittags in einer Voll Sitzung des Reichsrats verabschiedet werden soll. Diese Kreditermächtigung wird dann zugleich mit dem Schuldenentlastungsgesetz dem Reichstag am Montag als Grundlage für die große politische Aussprache dienen.

WDJ Berlin, 7. Mai.

Der Reichsrat hat am Sonnabendmittag das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung genehmigt. Gegen das Gesetz stimmte niemand; Barmen, Braunschweig, Anhalt- und Mecklenburg-Strelitz ließen das Protokoll noch offenhalten.

Der Reichsrat hat zwei Änderungen beschlossen, erstens, daß die Anleihe nicht im Wege des Kredits, sondern durch Ausgabe von Schuldverschreibungen beschafft werden soll, und zwar wird es sich, wie ergänzend mitgeteilt wurde, voraussichtlich um eine 50 Millionen anleihe handeln. Ferner wurde beschlossen, die Vorlage nicht als selbständiges Gesetz, sondern als Ergänzung des Schuldenentlastungsgesetzes zu behandeln. Grundlegend erklärte der Berichterstatter der Ausschüsse, Ministerialdirektor Dr. Bruch, daß die Ausschüsse mit der Reichsregierung der Meinung seien, daß es notwendig sei, diesen Weg zu gehen, und daß er auch einen gewissen Erfolg verspreche. Es sei aber erforderlich, diese Aktion mit dem gesamten großen Reformplan der Regierung zu verbinden, namentlich mit der Reform der

Arbeitslosenfürsorge. Insbesondere habe Preußen darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig erscheine, diese Aktion mit der Frage einer „energisches“ Arbeitszeitverkürzung zu verknüpfen.

Reichsetat ohne Reparationen

SPD Berlin, 9. Mai.

In dem Reichsetat für 1932 wird ein Posten für Reparationen nicht enthalten sein. Der Etat selbst ist bisher, entgegen den anfänglichen Erwartungen, noch nicht fertiggestellt. Die Kabinettsberatungen darüber, die auch am Sonntag fortgeführt wurden, dürften noch einige Tage in Anspruch nehmen.

In der politischen Aussprache des Reichstages wird für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Breitscheid das Wort nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion trat um 11 Uhr zu einer Besprechung zusammen.

Eine Botschaft Tardieus

WDJ Paris, 7. Mai.

Ministerpräsident Tardieu hat im Namen der Regierung die folgende Botschaft an das französische Volk gerichtet:

„Der Präsident der Republik ist ermordet worden. Ganz Frankreich ist darüber in größte Bestürzung geraten. Es gewannen den berühmten Geis, dessen Leben dem Dienste Frankreichs geweiht war, und dessen vier Söhne für die Verteidigung Frankreichs gefallen sind. Ganz Frankreich verneigt sich vor der trauernden Witwe ihres ebenfalls auf dem Felde der Ehre gefallenen Gatten. Jollen wir dem Toten durch Ruhe und Würde die einzige Ehrung, die er gewünscht hat. Morgen wird das Land seinen Vertreter wählen; er Dienstag wird die Nationalversammlung den neuen Präsidenten bestimmen; am Donnerstag wird das Trauergeleit von Paris Paul Doumer aus dem Elisee in das Pantheon führen. In der Erinnerung an den großen Dichter und in Durchführung des Gesetzes wird Frankreich seine Trauer und seine Einheit zu bekräftigen wissen. Es lebe Frankreich, es lebe die Republik!“